

Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

AUA • c/o Ardelt-Theeck • Leuchte 35a • 60388 Frankfurt/Main

An den Oberbürgermeisterkandidaten der SPD Herrn Peter Feldmann

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck Leuchte 35 a 60388 Frankfurt / Main

Tel: 06109 - 367 51 Mobil: 0151-16559854

ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

Datum: 15. März 2012

Offener Brief

Vollausbau der Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, A 66 Riederwaldtunnel, Autobahnkreuz Frankfurt Ost

Aktionsbündnis fordert Klarstellung von OB-Kandidaten

- Wahlprüfsteine zur Frankfurter Oberbürgermeisterwahl 2012 -

Sehr geehrter Herr Feldmann,

wir bedanken uns zunächst für Ihre Antwort auf unsere Wahlprüfsteine und gratulieren Ihnen außerdem zu Ihrem überraschend guten Ergebnis im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl 2012. Im Hinblick auf die kommende Stichwahl können wir Ihre gegebenen Antworten aber nicht ganz so stehen lassen, werfen sie doch einige Fragen auf, die es im Interesse der Wählerinnen und Wähler, die ja auch Sie für Ihre Wahl überzeugen wollen, klar zu stellen gilt.

Es geht in unserem Schreiben und in unserer Haltung nicht darum, dass die Autobahnen nicht gebaut werden sollen, auch wenn die Mehrheit unserer Unterstützer dies sicherlich begrüßen würden. Die Autobahnen wären ja wohl schon längst gebaut bzw. in Betrieb, wenn eine vernünftige Planung zu Grunde liegen würde. Dies war und ist bis heute leider aber nie der Fall gewesen. Im Gegenteil. Es sollte also auch in Ihrem Interesse und in dem aller Befürworter sein, schnellstens dafür zu sorgen, endlich diese Planung auf eine solide Grundlage zu stellen. Noch ein "Landeplanproblem" braucht in Frankfurt niemand mehr! Die Menschen im Frankfurter Osten wollen aber keine Versuchskaninchen sein für unverantwortliche Verkehrsexperimente!

Sie antworten zu Punkt 4 unserer Wahlprüfsteine nicht mit ja oder nein, sondern formulieren selbst: "Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Ostumfahrung A661 zwischen der Anschlussstelle Friedberger Landstrasse und dem Autobahndreieck Erlenbruch eingehaust wird."

Bedeutet diese Feststellung, dass Sie das Autobahndreieck Erlenbruch wie auch den südlichen Teil der A 661 in Höhe Riederwald und die Rampen der A 66 zum Riederwaldtunnel nicht einhausen lassen wollen? Ansonsten hätte es in unseren Augen wohl auch ein glattes "ja" getan.

Andererseits stellen Sie zu Punkt 5 unserer Wahlprüfsteine bzgl. der von der Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebrachten Potentialanalyse für den südlichen Abschnitt der A 661 fest: "Da ich für die Einhausung bin, braucht es keine Potentialanalyse"

Was wollen Sie mit dieser Aussage ausdrücken? Wie werden Sie mit diesem Stadtverordnetenantrag umgehen? Es kann in unseren Augen doch eigentlich kein Nachteil sein, das Potential einer Einhausung genau belegen zu lassen. Das geschieht im oberen Abschnitt der A 661 doch auch. Und kann eine gute Grundlage für die tatsächliche Planung bilden.

Bei Punkt 6 unserer Wahlprüfsteine zur unserer Forderung, auch den Abschnitt der Autobahn A 66 östlich des Riederwaldtunnels bis zur Stadtgrenze Maintal einhausen zu lassen, setzen Sie ein

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V.• • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. • Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelt-Theeck Leuchte 35a 60388 Frankfurt/Main Tel.: 06109 - 367 51 **Spendenkonto** 8032691540 GLS Gemeinschaftsbank eG BLZ 430 609 67 Regelmäßige Treffen:
- m o n a t l i c h für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 2 -

glattes "nein" und begründen dieses explizit mit dem Hinweis "die Maßnahme ist nicht finanzierbar."

Gleichzeitig verwerfen Sie in Punkt 7 unserer Wahlprüfsteine, die von den Bürgerinitiativen geforderte Potentialanalyse für diesen Abschnitt, genau mit dem gleichen Hinweis: "Nein, Da die Maßnahme nicht finanzierbar ist, braucht es keine Potentialanalyse."

Wie wollen Sie dann ohne Einhausung die Wohngebiete von Bergen-Enkheim und Fechenheim-Nord wie auch den für Frankfurt unentbehrlichen kostbaren östlichen Teil des Frankfurter Grüngürtels entlang des Abschnitts der Autobahn A 66 östlich des Riederwaldtunnels bis zur Stadtgrenze Maintal ausreichend schützen? Sind die Menschen östlich des Riederwaldtunnels, der in Wahrheit auch eine Einhausung ist (!), denn weniger Wert als die Menschen westlich dieses "Einhausungstunnels" Riederwald? Das hat den Charakter einer Zweiklassengesellschaft, die Sie als Sozialexperte doch gerade vorgeben, verhindern zu wollen!

Warum verwerfen Sie diese begründete Forderung von vorne herein, ohne wie bei der A 661 ebenfalls Nutzen und Chancen und ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten wie etwa ein Sonnenkraftwerk auf der Autobahn mit einzubeziehen?

Steht diese Haltung nicht im krassen Gegensatz zu Ihrem "ja" zu Punkt 9 unserer Wahlprüfsteine, zu überprüfen, inwieweit Sonnenkraftwerke bzw. Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Einhausungen errichtet werden und einen Beitrag zu deren Finanzierung leisten können?

Und welchen Schutz sehen Sie denn für diesen Bereich als Alternative vor? Und wer kümmert sich darum? Wieder wir Bürgerinnen und Bürger? Schließlich sind für diesen Abschnitt keinerlei Schutzmaßnahmen vorgesehen. Es wird aber gegenüber heute eine Verfünffachung des Verkehrs und vor allem nachts Transitverkehr geben. Heute "sagen sich auf diesem Abschnitt der A 66 nachts noch die Füchse gute Nacht!"

Ist hier in Ihren Augen im Gegensatz zu Bornheim, Seckbach und Riederwald nicht der Bund zuständig?

Warum soll hier die Situation anders sein?

Haben Sie etwa vor, in die Fußstapfen von Oberbürgermeisterin Petra Roth und allen ihren Vorgängern zu steigen und weiter die Betroffenen schutzlos im Regen oder besser gesagt im Lärm und den Abgasen stehen zu lassen?

Als potentieller Oberbürgermeister von Frankfurt kommen Sie um dieses Problem mit Sicherheit nicht herum. Die Bürgerinitiativen werden die Sache nicht auf sich beruhen lassen und stehen sowieso in den Startlöchern, den erfolgreichen Rechtsweg wie bei der A 661 zu beschreiten. Von einem schnellen Bau des Riederwaldtunnels kann also auch deshalb überhaupt keine Rede sein.

Zu Punkt 10 unserer Wahlprüfsteine mit der Forderung, dass die Autobahn A 66 Riederwaldtunnel nur an die A 661 angeschlossen bzw. in Betrieb genommen werden darf, wenn der optimale Schutz der Bevölkerung wie auch aller öffentlichen Einrichtungen gewährleistet werden kann und aus diesem Grund mit dem Beginn des Endausbaus der Autobahn-Ostumgehung Frankfurt A 661/A66 wie auch des Baus der A 66 Riederwaldtunnel einschließlich der für dieses Jahr vorgesehenen Vorbereitungsarbeiten solange gewartet werden muss, bis die Planungen für die Einhausungen und die dafür notwendigen Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sind und deren Finanzierung gesichert ist, stellen Sie fest:

"Nein, der Bund wird mit dem Baubeginn beginnen, sobald ein rechtskräftiges Urteil vorliegt."

Auf welches rechtskräftige Urteil nehmen Sie hier Bezug? Auf die vom Aktionsbündnis unterstützten Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der A 66 Tunnel Riederwald?

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. • Infos: www.molochautobahn.de



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 3 -

Uns stellen sich uns diesbezüglich noch weitere Fragen:

Steht Ihr glattes "nein" in diesem Punkt 10 nicht im Widerspruch zu Ihrem "ja" in Punkt 8 unserer Wahlprüfsteine mit der Forderung, dass der Bund als Bauträger bei der Finanzierung der Einhausung selbstverständlich in die Verantwortung genommen werden muss und die Stadt Frankfurt dies notfalls mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln durchsetzt?

Steht es nicht auch im Widerspruch zu Ihrem "ja" in Punkt 2 unserer Wahlprüfsteine mit der Forderung, dass deshalb die Stadt Frankfurt ein unabhängiges Gutachten zur Lärmund Schadstoffbelastung rund um das geplante Autobahnkreuz Frankfurt-Ost A 66 / A 661 bzw. entlang dieser Autobahnen im Frankfurter Osten in Auftrag geben wird, um die tatsächlichen Belastungen für die betroffene Bevölkerung durch die Autobahnemissionen zu ermitteln?

Wann soll die Stadt denn intervenieren? Wenn alles bereits gebaut ist?

Und wann wollen Sie denn die Einhausung bauen? Nachträglich, wenn alles gerade neu ausgebaut wurde?

Nehmen Sie das in unserem Brief geschilderte Verkehrschaos bei einem nachträglichen Bau der Einhausungen und die Warnung vor einer Dauerbaustelle im Erlenbruch nicht ernst?

Gerade mit Blick auf das von Ihnen angesprochene noch fehlende "rechtskräftige Urteil" erscheint es völlig unsinnig und nicht akzeptabel , dass die vorgesehenen Arbeiten im Riederwald noch dieses Jahr beginnen sollen, obwohl eine Verhandlung dieser Klagen, die am Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängig sind, aufgrund des noch nicht abgeschlossenen BUND-Verfahrens vom Gerichtshof schon seit Jahren "ruhend" gestellt wurden und eine Verhandlung im Augenblick überhaupt nicht absehbar ist. Das heißt, ein "rechtskräftiges Urteil" liegt in weiter Ferne!

Auch die im Namen von direkt betroffenen Anliegern gestellten Rechtsanträge an das Land Hessen sind weit von einer abschließenden Bescheidung entfernt und haben im Zusammenwirken mit den oben genannten Klagen gegen die Planung A 66 Riederwaldtunnel samt AD Erlenbruch A66/A 661 immer neue Gutachten zur Folge!

Die im Jahr 2011 vorgestellten sogenannten "ergänzenden Maßnahmen" gehen also im Wesentlichen auf diese Klagen und Rechtsanträge zurück. Die diesen "ergänzenden Maßnahme" zu Grunde liegenden Lärmberechnungen offenbaren – entgegen aller von Offizieller Seite geäußerten Beschwichtigungen - eklatante Grenzwertüberschreitungen!

In unserem ersten Schreiben aus dem Februar an Sie, weisen wir in diesem Zusammenhang auch auf die Absicht der neuen Hessischen Straßenverkehrsbehörde HessenMobil hin, noch dieses Jahr eine neue Verkehrsuntersuchung mit dem Prognosehorizont 2025 in Auftrag zu geben. Damit muss die Behörde erneut einer von uns lange vor dem erlassenen Planfeststellungsbeschluss A 66 Tunnel Riederwald aufgestellten Forderung entsprechen. Diese Forderung ist nicht zufällig auch inhaltlicher Teil der beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängigen Klagen, die bis heute - wie schon gesagt - noch überhaupt nicht verhandelt wurden. Diese Verkehrsuntersuchung macht wiederum neue Lärm- und Schadstoffberechnungen erforderlich, die allesamt Grundlage für neue Planänderungsverfahren für die beiden Autobahn A 66 und A 661 bilden werden, deren Beschlüsse sicherlich nicht vor 2014 zu erwarten sind. Dieses Vorgehen noch im Vorfeld der eigentlichen Gerichtsverhandlung in Kassel ist doch hinreichender Beleg dafür, dass die Planfeststellungsunterlagen so nicht aufrecht zu erhalten sind und sich aus diesem Grund also jegliche Eile hinsichtlich der Vorbereitungsarbeiten und eines Baus - nicht nur moralisch - verbietet sich.

Wie Sie sehen, erkennt selbst die Hessische Straßenbaubehörde inzwischen die "Notwendigkeit für zusätzliche Gutachten" an. Doch diese Tatsache ist auf die von uns und von betroffenen

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. • Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelt-Theeck Leuchte 35a 60388 Frankfurt/Main Tel.: 06109 - 367 51



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

Bürgerinnen und Bürgern veranlassten - und auf Spendenbasis finanzierten - fachlichen und juristischen Überprüfung der Gutachten zurückzuführen, die entscheidende Mängel der Planung offenbarten. Alle diese Maßnahmen der Bürgerinitiativen haben keine rein privaten Schutzanliegen, sondern dienen allesamt dem Allgemeinwohl und selbstverständlich letzten Endes auch den betroffenen öffentlichen bzw. städtischen Einrichtungen.

Insbesondere der inzwischen geplante immer noch nicht ausreichende Lärmschutz für die Hallgartenschule, die städtische Förderschule am Bornheimer Hang, direkt neben den künftigen 180.000 Kfz/24h des Autobahndreiecks Erlenbruch ist nachweislich der Intervention der Bürgerinitiativen und deren Sachverstand zu verdanken. Die Fachämter des Städtischen Planungsamts hatten in der städtischen Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren lapidar festgestellt, dass es gegenüber der Planung von städtischer Seite keine Bedenken gebe. Tatsächlich wurden die für Schulen geltenden Lärmgrenzwerte drastisch überschritten! **Aber was ist denn bitte schön die Aufgabe des Städtischen Planungsamts?**

Dies alles sind Belege dafür, dass die Stadt Frankfurt schon im Interesse der eigenen betroffenen Einrichtungen und zum Schutze ihrer Bevölkerung endlich die Planung kritisch zu begleiten hat. Immer wieder wundern sich Bedienstete der Landesbehörde nicht nur unter vorgehaltener Hand über die Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit der Stadt Frankfurt bei der Autobahnplanung! Und genau darum geht es im Wahlprüfstein 10, dass die Stadt Frankfurt schon im eigenen Interesse endlich entschlossen einschreitet und diesem Planungsflickwerk, an dem die Stadt selbstverständlich mit verantwortlich ist, ein Ende bereitet und das Land Hessen und den Bund in die Schranken weist bzw. Ihr eigenes Recht und das Ihrer Bevölkerung Geltung verschafft.

Bei all diesen Indizien fragen wir uns schon, warum Sie und Ihre Mitbewerberin der Grünen Rosemarie Heilig und Ihr Mitbewerber der CDU Rhein, alle eine derartige Autoritätshörigkeit offenbaren, die jeglicher Realität entgegensteht. Ist nicht die Tatsache, dass das ganze Projekt Autobahnkreuz Frankfurt Ost samt Alleentunnel (früher Hochstraße quer durch Frankfurt? im Grunde, abgesehen von der "Rumpfautobahn A 661" seit über 50 Jahren einfach nicht vorankommt, obwohl Generationen von Befürwortern damit immer wieder mit großen Versprechungen auf Wählerfang gehen? Es handelt sich dabei aber um eine seit 50 Jahren währende Dauernötigung mehrerer Generationen von Bürgerinnen und Bürgern, die viele Jahre ihres Lebens in den Widerstand - verbunden mit großen Zeit-, Nerven-, Energie- und Geldaufwand - stecken mussten.

Die Tatsache, dass auch die uns nun non HessenMobil zur Verfügung gestellten neuen Berechnungen schon wieder eklatante Fehler in den Berechnungen aufweisen, bringt dass Fass aber jetzt endgültig zum Überlaufen. Doch auch dieser Nachweis wird uns wieder Tausende von Euro für die fachliche und juristische Begleitung kosten. **Wie kommen wir dazu?** Und wir werden dies auch nicht weiter hinnehmen. So geht das jetzt schon seit Jahrzehnte und ein Ende ist nicht in Sicht.

Wollen Sie es etwa tatenlos hinnehmen, jetzt die Autobahn erst für rund 300 Millionen Euro Steuergeldern aus- bzw. neu zu bauen, um dann kurz nach Eröffnung diese wieder zu Bausstellen zu machen und die Einhausungen nachträglich möglicherweise verbunden mit komplizierten Umbauten unter teurem Aufwand zu integrieren? Schon jetzt hat das Land Hessen beim Ausbau der Seckbachtalbrück wie auch der Erlenbruchbrücke sich womöglich ein "Eigentor geschosssen" indem die Behörde in dem jüngsten Gutachten einräumt, dass aus statischen Gesichtspunkten eine Einhausung nicht möglich sein kann. Dies geschah allerdings auf eigenes juristisches Risiko und ohne jeglichen Grund, da eine Fertigstellung, welche offiziell für 2010 vorgesehenen war, im Augenblick überhaupt nicht absehbar scheint. Selbst das neu gesteckte Ziel 2016 ist mehr als fraglich

Für uns steht fest, wer die Einhausung nicht vorher planen und mit dem Autobahnbau gleichzeitig bauen lässt, handelt in dreifacher Hinsicht im höchsten Maße verantwortungslos. Er vergeht sich an der betroffenen Bevölkerung, gefährdet die Existenz städtischer Einrichtungen und sorgt für eine Steuergeldverschwendung ersten Ranges.

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V.• • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. • Infos: www.molochautobahn.de



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 4 -

Wir bleiben dabei, wenn die Stadt Frankfurt und Sie als möglicher künftiger Oberbürgermeister die Planung für die Einhausungen ernst meinen, wovon wir selbstverständlich ausgehen wollen, muss die Stadt und müssen Sie als möglicher neuer Oberbürgermeister diesen auch Taten folgen lassen und gegenüber dem Bund und dem Land Hessen entschlossen für einen Aufschub des Baubeginns im Riederwald eintreten.

Selbstverständlich muss die Hessische Straßenbaubehörde, aber auch die Stadt Frankfurt damit rechnen, dass unsere Klagen bzw. der von uns eingeschlagene Rechtsweg weiterhin Erfolg zeitigen und der Bau nicht vorankommen wird, weil die Planungsbehörde alles unternimmt, den Betroffenen ihren gesetzmäßig vorgeschriebenen Schutz vorzuenthalten. Vieles deutet darauf hin!

Unter diesen Umständen im Riederwald für bis zu zwanzig Jahre eine brachliegende Großbaustelle bzw. eine kahle, trostlose Bau- bzw. Verkehrswüste zu riskieren, ist völlig unverständlich und verantwortungslos und steht auch im krassen Gegensatz zum Ziel Green-City.

Sie wollen gewählt werden und Oberbürgermeister aller Frankfurter werden, dann zeigen Sie den Autobahnkritikern wie auch den Befürwortern, dass Sie die mit dem Autobahnbau verbundenen Bedenken und die Hoffnungen wirklich ernst nehmen und sorgen Sie endlich für eine Planung aus einem Guss. Dazu ist ein Moratorium unausweichlich! Holen Sie alle Beteiligten an einen Tisch!

Nur wenn Sie bereit sind, gegenüber der Hessischen Planungsbehörde und dem Bund als Bauträger ein Machtwort zu sprechen und eine stichhaltige und sattelfeste Planung zu fordern, die den Schutz der Bevölkerung wirklich ernst nimmt, werden Sie die OB-Wahl gewinnen können. Es wäre ein Bärendienst für die Demokratie und würde der Politikverdrossenheit weiter Vorschub leisten, wenn Sie der Bevölkerung jetzt weiter vorgaukeln, "jetzt geht der Bau aber endlich los" und es passiert wieder Jahre nichts. Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten bereits ein immenser kaum wieder gut zu machender Flurschaden entstanden! Und das vor allem auf Kosten von uns Betroffenen, die als Prügelknaben und ideologisches Feinbild herhalten müssen!

Angesichts der gebotenen Eile bitten wir um eine baldige Antwort. Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Ardelt-Theeck

Vorstandsmitglied der Bürgervereinigung Nordend e.V. und Sprecher des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn